

## PROTOKOLL

über die 16. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend, Familie, Senioren und  
Integration  
am Mittwoch, den 05.05.2021,  
Forum am Kurpark, Mühlenstraße 39a, 49324 Melle  
-Videokonferenz-

**Sitzungsnummer:** SJFSul/020/2021  
**Öffentliche Sitzung:** 19:00 Uhr bis 21:16 Uhr

### **Anwesend:**

#### **Vorsitzender**

Heiko Christian Grube

#### **Mitglied CDU-Fraktion**

Karl-Heinz Gerling

Dieter Niermann

Thomas Schulke

Herla Wendelin-Feindt

Vertretung für Malte Stakowski

#### **Mitglied SPD-Fraktion**

Jutta Dettmann

Karin Kattner-Tschorn

Mathias Otto

#### **Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion**

Ursula Buermeyer

Alfred Reehuis

Vertretung für Herbert Linnemann-  
Grundmann

#### **Mitglied UWG-Fraktion**

Ursula Thöle-Ehlhardt

#### **Hinzugewählte**

Regine Herchen

Timo Käthner

Noah Rassfeld

Stefanie Tigler

#### **von der Verwaltung**

Erster Stadtrat Andreas Dreier

StAR Klaus-Peter Kugler

StVOR Karl-Wilhelm Möller

Gleichstellungsbeauftragte Marita Feller

Stadtjugendpflegerin Tanja Werges

#### **ProtokollführerIn**

Michael Hölscher

#### **Gäste**

Gast/Gäste

Herr Torben Bextermöller, JuPa zu TOP 7

**Zuhörer**

Presse  
Zuhörer

Herr Pottebaum

**Abwesend:**

**Mitglied CDU-Fraktion**

Malte Stakowski

**Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion**

Herbert Linnemann-Grundmann, (parteilos)

**Hinzugewählte**

Judith Huning

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Verpflichtung eines hinzugewählten Ausschussmitgliedes
- TOP 3 Einwohnerfragestunde
- TOP 4 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 5 Genehmigung des Protokolls vom 09.02.2021
- TOP 6 Bericht der Verwaltung
- TOP 7 Vorstellung des 3. Meller Jugendparlamentes
- TOP 8 Vorstellung Umsetzung Konzept der Jugendarbeit  
Vorlage: 01/2021/0123
- TOP 9 Änderung der Satzung des Seniorenbeirates  
Vorlage: 01/2021/0133
- TOP 10 Satzung für den neu einzurichtenden Behindertenbeirat  
Vorlage: 01/2021/0135
- TOP 11 Wünsche und Anregungen

## Öffentlicher Teil

### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder und die Presse. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest und eröffnet die Sitzung. Vorsitzender weist auf die besondere Form der Sitzung in Art einer Videokonferenz hin. Diese Vorgehensweise ist der aktuellen Entwicklung bezüglich der Corona-Pandemie und durch die Stadt Melle für den Sitzungsdienst getroffenen Schutzmaßnahmen hin so festgelegt worden. Die Sitzungsmitglieder erklären sich mit der Aufzeichnung der Sitzung zu Protokollzwecken einverstanden

### **TOP 2 Verpflichtung eines hinzugewählten Ausschussmitgliedes**

Vorsitzender verpflichtet das hinzugewählte Ausschussmitglied des Jugendparlament Melle Herrn Noah Rassfeld.i

### **TOP 3 Einwohnerfragestunde**

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

### **TOP 4 Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen festgestellt.

### **TOP 5 Genehmigung des Protokolls vom 09.02.2021**

Das Protokoll wird ohne Einwendungen einstimmig genehmigt.

### **TOP 6 Bericht der Verwaltung**

Vorsitzender bittet Herrn Dreier um seinen Bericht. Herr Dreier berichtet wie folgt:

#### **1. Skateanlage am GröngauBad**

Die Skateanlage am GrönegauBad wurde im Rahmen des Individualsports für die Öffentlichkeit freigegeben. Diese Anlage werde bereits jetzt durch alle Altersgruppen sehr gut genutzt.

Inzwischen sei die Skateanlage und der Parkplatz des GrönegauBades Treffpunkt vieler Jugendlicher.

Seitens der Stadt Melle erfolgen daher tägliche Kontrollen durch die Stadtjugendpfleger\*innen und durch die Mitarbeiter\*innen des Jugend- und Kulturzentrums „Altes Stahlwerk“.

Bei Bedarf werden zudem durch die Mitarbeiter\*innen des „Alten Stahlwerkes“ im Rahmen der aufsuchenden Jugendarbeit an der Skateanlage Angebote der offenen Jugendarbeit durchgeführt. Dadurch solle die Lage an der Skateanlage etwas entzerrt und Beschwerden vorgebeugt werden.

## **2. Jugendkonferenz**

Die nächste Jugendkonferenz solle im Februar 2022 stattfinden. Gewünscht war eine Klima-Jugendkonferenz, damit Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit bekämen, an Workshops teilzunehmen, mit kommunalen Politikern über aktuelle klimapolitische Maßnahmen in Melle zu diskutieren und zu entdecken, wo man sich in Melle ehrenamtlich für Klima und Umwelt engagieren könne.

Daher erfolge die Vorbereitung in Zusammenarbeit mit dem Umweltbüro. Begleitet wird die Vorbereitungsphase und die Jugendkonferenz zudem wieder durch die „Stellwerk Zukunft gGmbH“.

Um die Zielgruppe bereits jetzt auf das Thema aufmerksam zu machen, werde es im Juni 2021 einen „Sinnfluencer-Workshop“ geben. Dadurch hoffe die Vorbereitungsgruppe Jugendliche zu gewinnen, die aktiv an der Vorbereitung und Durchführung der Jugendkonferenz 2022 mitwirken. Darüber hinaus werde zur Zeit die Internetseite [www.jugendkonferenz.melle.info](http://www.jugendkonferenz.melle.info) aufgebaut.

Beim Deutschen Kinderhilfswerk wurde zudem ein Antrag auf Förderung der Jugendkonferenz gestellt.

## **3. Ferienpass**

Unter Berücksichtigung der Coronavorschriften werden auch in diesem Jahr in den Sommerferien der Ferienpass stattfinden. Zurzeit liegen 253 Angebote (inkl. Folgeveranstaltungen) vor.

## **4. Sachstand Neubau Jugendzentrum Altes Stahlwerk**

1. Die Projektleitung zur Realisierung hat aufgrund der Verknüpfung mit dem Wohnungsneubau die Wohnungsbau Grönegau GmbH übernommen. Die Ausschreibung von 75 % aller Gewerke sei erfolgt. Die vorab berechnete Kostenschätzung werde demnach eingehalten, sodass die ersten Aufträge erteilt werden können.
2. Mitte Mai werde die Baustelle eingerichtet und anschließend mit den Bodenarbeiten begonnen.
3. Fertigstellung und Bezugsreife seien für Ende 2022 geplant.
4. Kostensicherheit gebe es noch nicht, da auch in den verbleibenden 25 % der Gewerke noch Risiken liegen können.
5. Durch Nachtragsbaugenehmigung wurden die Nutzungsmöglichkeiten des Veranstaltungsraums ausgeweitet.
6. Parallel zum Rohbau wird die Stadt Melle auch die Erschließungsstraßen erstellen, sodass rechtzeitig zur Inbetriebnahme Ende 2022 der Platz vor dem Eingangsbereich des Jugendzentrums erschlossen und gut erreichbar sein werde.
7. Die Planung der Inneneinrichtung des Alten Stahlwerkes wurde im April ausgeschrieben.

## **5. Jugend- und Kulturzentrum Altes Stahlwerk**

Im Jugend- und Kulturzentrum „Altes Stahlwerk“ finden derzeit vorwiegend digitale Angebote für Jugendliche statt. Die Angebote umfassen Gruppenvideochats, Do-it-Yourself-Bastelangebote, Live-Streams von Videospiele sowie Gesellschaftsspiele und Bauaktionen. Des Weiteren werden über Instagram Quizfragen und Challenges an die Jugendlichen gestellt. Auch über Instagram werden Live-Streams gestartet. Diese werden einerseits für Angebote genutzt, andererseits aber auch um die Besucher\*innen über aktuelle Geschehnisse im Haus zu informieren.

Außerdem bestehe für Besucher\*innen momentan die Möglichkeit, sich einen der Mitarbeiter\*innen des „Alten Stahlwerks“ für 60-90 Minuten zu buchen. In dieser Zeit hätten sie die Möglichkeit, mit den Akteuren des Stahlwerks Spiele zu spielen, Spaziergänge zu machen, Hilfe bei Bewerbungen oder Hausaufgaben in Anspruch zu nehmen oder andere für sie relevante Themen anzusprechen. In diesem Rahmen fänden derzeit auch Bastelaktionen mit den Kindern aus dem Sozialtraining statt. Diese können dann zu zweit vor Ort mit Mitarbeiter\*innen die Bastelangebote wahrnehmen.

Derzeit werde eine Ausweitung der Präsenzangebote ab dem kommenden Montag geplant.

## **6. Asyl**

Der aktuelle Stand im Bereich „Asyl“:

Die Belegungszahl der Gemeinschaftsunterkünfte in Riemsloh betrage z.Zt. 26 Personen und in Neuenkirchen 30 Personen.

Aufgrund der schwierigen Konstellationen der Zuweisungen seien in Riemsloh 13 von 16 Apartments und in Neuenkirchen 14 von 17 Apartments belegt.

In Kürze werde eine Neuberechnung der Zuweisungsquote erwartet. Die aktuelle Zuweisungsquote für Melle sei bereits mit 18 Zuweisungen (über)erfüllt. Diese Zuweisungen werden auf die künftige Quote angerechnet bzw. gutgeschrieben.

## **7. Grundsicherung**

Aus Bildungs- und Teilhabemitteln wurde vor der Corona-Pandemie die gemeinsame Schulmittagsverpflegung über entsprechende Gutscheine für die Kinder von Empfängern von ALG II, SGB XII, Wohngeld, Kindergeldzuschlag und AsylbLG finanziert. Aufgrund der Corona-Pandemie war die gemeinsame Schulmittagsverpflegung entfallen. Im Rahmen des Sozialpaketes hatte die Bundesregierung daher zusätzliche Gelder für eine Mittagsverpflegung der Kinder bereitgestellt. Auf Initiative von Frau Tigler haben die Städte Bramsche, GM-Hütte und Melle die Berechtigten nach dem SGB XII, Wohngeld und dem AsylbLG im März angeschrieben und auf diese Möglichkeit hingewiesen. Im Stadtgebiet Melle gäbe es aktuell 359 BuT-berechtigte Kinder. Da eine direkte Auszahlung an die Berechtigten aufgrund der gesetzlichen Vorgaben nicht möglich sei, würden entsprechende Gutscheine an die Antragsteller bis zum Beginn der Sommerferien ausgestellt. Die Berechtigten können sich die Anbieter frei wählen. Unter anderem wurde ein Modell aus Oldenburg angeboten, die „Kochbox“, bei dem ein gesundes Essen zum Selbstkochen mit sämtlichen Zutaten und Rezepten für eine gesunde Ernährung wöchentlich an die Berechtigten geliefert werde.

Zwischenzeitlich seien auch die ALG II Berechtigten durch die MaßArbeit angeschrieben worden.

Die Corona-Sonderzahlung für Grundsicherungsempfänger in Höhe von 150 Euro werde in dieser Woche zur Auszahlung kommen.

## **8. Integrationsarbeit**

Der Landkreis Osnabrück stelle, wie in den vergangenen Jahren auch, in 2021 wieder Mittel zur Förderung des kommunalen Migrations- und Integrationsmanagements zur Verfügung. Anders als in den Vorjahren sei dafür allerdings ein Antrag mit konkreter Darstellung der

Zielsetzung, der geplanten Maßnahmen und der benötigten Personal- oder Sachkosten notwendig.

In der Sitzung des Sozialausschusses am 17.11.2020 stellte die Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion einen Antrag auf Evaluation des Integrationsplans der Stadt Melle. Dementsprechend wurden die o.g. Fördermittel des Landkreises Osnabrück für diesen Zweck und für die Weiterentwicklung bzw. Neuausrichtung der Integrationsarbeit in Melle beantragt. Zwischenzeitlich hatte der Landkreis eine Zuwendung „zur Weiterentwicklung des lokalen Integrationskonzepts in Anknüpfung an das Projekt „Kommunale Vielfalt gestalten“ in Kooperation mit dem Migrationsnetzwerk vor Ort, sowie die Präventionsarbeit und die Jugendarbeit im Übergang Schule-Beruf mit arabischen Jugendlichen“ in Höhe von 41.000,00 € bewilligt.

## **9. Aktuelle Situation Häusliche Gewalt**

Nach Medienberichten soll Corona beim Thema „Gewalt gegen Frauen“ wie ein Brandbeschleuniger wirken. Vielerorts werde davon berichtet, dass die Gewalt gegen Frauen und Mädchen während der Pandemie zugenommen habe.

Dieses Bild könne für Melle zum jetzigen Zeitpunkt weder bestätigt noch dementiert werden. Seit Beginn der Pandemie haben sich 3 bis 4 Frauen im Familienbüro (Gleichstellungsbeauftragte) gemeldet, die von häuslicher Gewalt betroffen waren. Dies entspreche in etwa den Zahlen der Vorjahre.

Allerdings kann daraus nicht automatisch der Rückschluss gezogen werden, dass die Zahlen nicht auch in Melle zugenommen haben. Es sei zu berücksichtigen, dass sich betroffene Frauen und Mädchen womöglich vor dem Hintergrund der Beschränkungen nicht gemeldet haben bzw. nicht melden konnten. Zeitweise waren Frauenhäuser nur eingeschränkt geöffnet. Auch die Beratungsstellen ließen keine persönlichen Kontakte zu, so dass die Hilfsangebote für die Frauen schwerer zu erreichen waren. Möglicherweise habe auch die häusliche Situation mit Homeschooling und fehlender Kinderbetreuung dazu geführt, dass die Frauen häusliche Gewalt länger aushalten.

Verlässliche Aussagen können daher momentan nicht getroffen werden.

Es seien verschiedene Veranstaltungen rund um den diesjährigen Aktionstag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen am 25. November zusammen mit den Frauenverbänden geplant. Unter anderem soll eine Lesung zu dem Thema mit anschließender Diskussionsrunde stattfinden, wo auch die Fachstelle „Faust“ und die Frauenberatungsstelle Osnabrück beteiligt sein werde. Außerdem ist die Ausstellung „Was ich anhatte“ geplant.

Vorsitzender dankt für den Bericht und stellt ihn zur Diskussion.

Herr Reehuis wünscht sich von der Verwaltung Informationen hinsichtlich der Obdachlosenunterkunft Neuenkirchener Str. 44 Er erfragt das weitere Vorgehen nach der brandbedingten Schließung und wie es derzeit um die Versorgung der dort bisher wohnhaften Obdachlosen bestellt sei.

Herr Dreier informiert dazu, dass der von Seiten der Verwaltung vorgeschlagene „Übergangstandort“ in Form einer Containerlösung an der Oldendorfer Str. in der gestrigen VA-Sitzung keine Mehrheit gefunden habe. Die Bewohner der Neuenkirchener Str. 44 wurden auf verschiedene Standorte in Melle verteilt. Aufgrund der in den vergangenen Monaten deutlich zugenommenen Problematik sollen Anfang Juni mit Herrn Teschner (Bereichsleiter der Diakonie) weitergehende Gespräche bezüglich der Betreuungsarbeit geführt werden. Ein Ergebnis könne sein, dass die Stundenanteile erhöht werden müssen.

Vorsitzender erkundigt sich nach der Versorgung der verteilten Personen. Unterbringung und Betreuung gehören nach seiner Auffassung zusammen.

Herr Dreier antwortet, dass die weitere Betreuung nach dem bisherigen Konzept durch Hausmeister und Diakonie erfolgt.

Herr Reehuis kritisiert, dass der Standort im VA abgelehnt wurde, aber keine Alternative benannt wurde. Aufgrund der Dringlichkeit des Problems habe er hierfür kein Verständnis.

Herr Dreier ergänzt, dass von Seiten der Verwaltung mehrere Standorte mit den Vor- und Nachteilen benannt worden seien und die Oldendorfer Str. der beste Standort wäre.

Frau Dettmann bedauert, dass keine Standortlösung im VA gefunden wurde. Sie sieht die Thematik im Sozialausschuss angesiedelt, da hier das Fachwissen sei.

Vorsitzender stellt fest, dass die Wohnungslosenhilfe unter dem Fachlichkeitsaspekt in den Fachausschuss gehöre.

Herr Dreier betont, dass es sich um eine vorübergehende Lösung bei den Wohncontainern handele.

Frau Buermeyer sieht den Ausschuss nahe am Thema. Die nächste Sitzung des Sozialausschusses fänden erst im September statt und der Ausschuss könne damit nicht zur Lösungsfindung beitragen.

Frau Tigler stellt fest, dass das Betreuungskonzept einen Einfluss auf den Standort habe.

Vorsitzender betont, dass der Fachausschuss Gehör finden müsse und ein klares Votum hierzu abzugeben habe. Die Möglichkeit einer zusätzlichen Sitzung vor September sollte daher offengehalten werden.

Frau Kattner-Tschorn ist entsetzt, dass der VA den Standort abgelehnt habe. Sie sieht aber auch, dass der Fachausschuss gehört werden müsse und Betreuungskonzept und Standort zusammengehören.

Herr Dreier erläutert, dass die Übergangslösung mit Wohncontainern nicht in Frage gestellt wurde, sondern lediglich der Standort. Es muss nun schnell reagiert werden.

Frau Wendelin-Feindt möchte den Arbeitskreis „Wohnen“ eventuell mit einbeziehen. Der vorübergehende Standort, wie im VA benannt, sei nicht schlecht. Zumal die aufgezeigten Alternativen verworfen wurden.

Herr Reehuis betont auch, dass es sich um einen vorübergehenden Standort handele. In der Vorlage wurde der Standort ausgiebig diskutiert und Alternativen bewertet. Der Standort „Oldendorfer Str.“ stellte sich als beste Lösung heraus. Die Unterbringung der Wohnungslosen ist zudem eine Pflichtaufgabe der Stadt Melle.

Herr Schulke kann keine Abwägung mehrerer Standorte erkennen und merkt an, dass er nicht die Standortwahl, sondern das Betreuungskonzept als grundsätzliches Problem sieht.

Vorsitzender betont, dass es eine klare Verbindung zwischen Wohnen und Betreuung gäbe. Der Sozialausschuss will und muss gehört werden. Eventuell wird eine zusätzliche Sitzung



notwendig. Eine menschenwürdige Unterbringung sei eine Pflichtaufgabe. Das Betreuungskonzept solle von der Verwaltung zunächst vorgelegt werden.

## **TOP 7      Vorstellung des 3. Meller Jugendparlamentes**

Frau Werges führt in die Arbeit des Jugendparlamentes ein.

Herr Käthner und Herr Rassfeld stellen ausführlich die Arbeit des Jugendparlamentes anhand der beigefügten Präsentation vor.

Vorsitzender bedankt sich für die detaillierte Präsentation und schlägt vor, die Thematik in den Fraktionen nochmals zu bearbeiten.

Frau Dettmann betont die gute Arbeit des Jugendparlamentes mit vielen neuen Ideen, u.a. mit dem Pfandring.

Frau Wendelin-Feindt geht ebenfalls auf die tolle Darstellung auf vielen Gebieten und die zahlreichen Aktivitäten ein. Sie habe Hochachtung vor der Arbeit und sei erstaunt über das umfangreiche Programm.

Frau Thöle-Ehlhardt drückt ihre Anerkennung für die selbstkritische Reflektion, die vielfältigen Aktivitäten und die Offenheit für viele Themen aus.

Vorsitzender bedankt sich und spricht ein großes Lob des Sozialausschusses an das Jugendparlament aus.

## **TOP 8      Vorstellung Umsetzung Konzept der Jugendarbeit Vorlage: 01/2021/0123**

Frau Werges erläutert dem Ausschuss ausführlich die Informationsvorlage anhand einer Präsentation.

Vorsitzender bedankt sich für die Präsentation und stellt den Vortrag zur Diskussion.

Frau Wendelin-Feindt bedankt sich für die Ausführungen und betont, dass es wichtig sei, die Stadtteile und Ortsräte mit einzubeziehen. Die Sportvereine seien bereits in der Jugendarbeit aktiv.

Frau Dettmann lobt die gute Präsentation und stellt fest, dass Melle mit der Jugendarbeit auf einem guten Weg sei. Es bestehen bereits verschiedene Alternativen in den Stadtteilen.

Herr Schulke erachtet die Einbeziehung aller Stadtteile als sinnvoll und wichtig. Die Anfang 2022 zu schaffende Stelle sei als Vorgriff zur Stellenschaffung im Jahr 2024 zu sehen.

Frau Thöle-Ehlhardt stellt fest, dass mit der Stelle nach 20 Jahren Nachhaltigkeit und Verbindlichkeit geschaffen werde, die einen großen Fortschritt für Melle darstelle.

Frau Buermeyer legt Wert darauf, dass die Präsenz in allen Stadtteilen wichtig sei.

Vorsitzender bedankt sich bei den Beteiligten.

Der Sachverhalt wurde den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben.

**TOP 9      Änderung der Satzung des Seniorenbeirates**  
**Vorlage: 01/2021/0133**

Frau Feller stellt die neue Satzung des Seniorenbeirates vor und erläutert hierbei ausführlich die von der Arbeitsgruppe herausgearbeiteten Neuerungen bzw. Änderungen. Insbesondere wird die Beteiligung der Ortsräte vorgestellt.

Herr Reehuis äußert verschiedene Bedenken, die sich auf die §§ 4 und 5 beziehen. Durch die Beteiligung sieht er die Gefahr einer politischen Verzerrung. Die Rechte der Mitglieder des Seniorenbeirates seien nicht definiert, ferner werde eine „Sollvorschrift“ erwähnt. Ferner zeigt er rechtliche Verfahrensfehler auf, da die Beteiligung des Rates fehlerhaft sei.

Herr Dreier sagt zu, dass hier entsprechende Änderungen eingearbeitet werden.

Frau Thöle-Ehlhardt begrüßt die neue Satzung im Namen der UWG-Fraktion und hofft auf eine rege Beteiligung.

Frau Kathner-Tschorn begrüßt im Namen der SPD-Fraktion ebenfalls die neue Satzung und die Einbeziehung der Ortsräte.

Frau Wendelin-Feindt sieht keine Schwierigkeit beim § 4 und auch kein Stimmrecht. Das aus jedem Stadtteil ein Mitglied entsendet wird, wertet sie als Vorteil.

Frau Kattner-Tschorn stimmt der Ausführung von Frau Wendelin-Feindt zu.

Herr Gerling teilt die Bedenken von Herrn Reehuis ebenfalls nicht und sieht eine deutliche Aufwertung des Seniorenbeirates durch die Entsendung von Mitgliedern durch die Ortsräte.

Frau Buermeyer stellt fest, dass die Rolle der Vertreter des Seniorenbeirates in den Ausschüssen noch geklärt werden müsse. Die Wahl durch die Ortsräte werde positiv gesehen. Das Projekt sollte noch in dieser Legislaturperiode starten.

Frau Feller und Herr Kugler stellen erneut die Bedeutung der Einbeziehung der Ortsräte für die Gesamtstadt heraus.

Frau Wendelin-Feindt und Frau Thöle-Ehlhardt unterstützen die Aussagen.

Vorsitzender bittet um die Abstimmung.

**Beschlussvorschlag:**

Der neuen Satzung des Seniorenbeirates wird zugestimmt.

**TOP 10      Satzung für den neu einzurichtenden Behindertenbeirat**  
**Vorlage: 01/2021/0135**

Frau Feller stellt die neue Satzung für die Schaffung eines Behindertenbeirates vor und erläutert hierbei ausführlich die von der Arbeitsgruppe erstellten Satzungsgrundlagen.

Herr Reehuis stellt fest, dass der Bezug zum Rat fehle. Er schlägt daher folgende Änderung vor, die rechtssicher sei:

„Die Mitglieder des Behindertenbeirates werden nach Vorschlag der Verwaltung über den Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie, Senioren und Integration durch den Rat der Stadt Melle für die Dauer der Amtszeit berufen.“

Frau Thöle-Ehlhardt sieht das neue Gremium sehr positiv. Sie erinnert an Manfred Lindemann, dessen Wunsch die Schaffung eines Behindertenbeirates gewesen sei.

Frau Kattner-Tschorn schließt sich im Namen der SPD-Fraktion den Worten von Frau Thöle-Ehlhardt an und findet die Einführung des Behindertenbeirates gut und wichtig. Den Änderungswünschen von Alfred Reehuis schließt sie sich an.

Frau Buermeyer möchte die Menschen über den Sozialausschuss zur Teilnahme ermutigen und verweist auf die Worte „Nicht über uns ohne uns“.

Frau Wendelin-Feindt trägt für die CDU-Fraktion die Änderung mit und schließt sich den Vorrednern an.

Frau Tigler betont, dass es sich um einen Beirat und nicht um einen Ausschuss handle und sieht insbesondere die 30% Schwerbehinderungsregelung positiv.

Vorsitzender lässt anschließend mit der Änderung abstimmen und stellt fest, dass für die Sozialpolitik und Teilhabe zwei wichtige Beschlüsse gefasst und auf den Weg gebracht worden seien.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Satzung für den neu einzurichtenden Behindertenbeirat wird zugestimmt.

### **TOP 11    Wünsche und Anregungen**

Frau Buermeyer kritisiert, dass das Protokoll so spät eingestellt worden sei. Hierdurch werde die Vorbereitung auf die Sitzung erschwert.

Vorsitzender sieht den Sachverhalt ebenso und gibt den Hinweis an den Protokollführer weiter.

Herr Niermann gibt zu bedenken, ob es richtig war, einen Sachverhalt aus einem nicht öffentlichen Ausschuss in einem öffentlichen Ausschuss zu beraten.

Herr Dreier antwortet hierauf, dass keine Beratung erfolgt sei.

Frau Feller gibt den Hinweis, dass immer wieder Nachfragen auflaufen, die Berechtigten für den Familienpass um die Gruppe der Asylbewerber zu erweitern. Es handle sich um 62 Personen und 39 Kinder. Der Hinweis sei als Anregung für die Arbeitsgruppe gedacht.

Vorsitzender sieht auch die Zuständigkeit in der Arbeitsgruppe.

Frau Tigler äußert den Wunsch, den Sozialausschuss konkret in die Standortsuche einzubinden und einen zusätzlichen Sitzungstermin verbindlich festzusetzen.

Vorsitzender antwortet, das die Einbindung kein Wunsch sei, sondern eingefordert werde. Die Diskussion über diese Thematik erfolge über die Fraktionen.

Anschließend dankt der Vorsitzende allen Mitglieder des Ausschusses und der Verwaltung für die Mitarbeit und schließt die Sitzung

gez. 25.06.2021  
Heiko-Christian Grube  
\_\_\_\_\_  
Vorsitzender  
(Datum, Unterschrift)

gez. 18.06.2021  
Andreas Dreier  
\_\_\_\_\_  
Verw. Vorstand  
(Datum, Unterschrift)

gez. 25.06.2021  
Klaus-Peter Kugler  
\_\_\_\_\_  
Protokollführer/Amtsleiter  
(Datum, Unterschrift)